



22.02.2021

## **Haushaltsbegleitantrag**

### **Corona fordert die Schulen bei der Digitalisierung: Sofortprogramm und mittelfristige Perspektive**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung möge beschließen:

1. Um den Schulen einen flexiblen Umgang mit einer sich verändernden Infektionslage zu ermöglichen und den digitalen Unterricht zu Hause sowie in der Schule zu verbessern wird die Verwaltung beauftragt folgendes Sofortprogramm umzusetzen:
  - a. Bestellung von 11.700 Tablets (iPad, 4.500 32 GB und 7.200 128 GB) mit Stift (Apple Pencil), die den Schulen schnellstmöglich, aber spätestens bis zum Schuljahresbeginn, als Leihgeräte zur Verfügung gestellt werden sollen.
  - b. Zur Verteilung der Tablets soll kurzfristig eine Bedarfsabfrage bei den Schulen erfolgen. Die Verteilung soll nach den gemeldeten Bedarfen und den mit der Schulgemeinschaft abgestimmten Medienkonzepten erfolgen. Dabei steht jeder Schule grundsätzlich ein Kontingent zu, das die Beispielverteilung abdeckt:
    - i. Grundschulen: 1 Gerät pro 2 Schüler\*innen
    - ii. Hauptschulen, Förderschulen, Sekundarschule, Schule für Kranke: ein Gerät pro Schüler\*in
    - iii. Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Weiterbildungskolleg: 1 Gerät pro 2 Schüler\*innen bis einschließlich Klasse 7 und ab Klasse 8 pro Schüler\*in ein Gerät

Bereits ausgegebene Geräte aus der Bundesförderung sollen bei der Verteilung berücksichtigt werden. Aufgrund der besonderen Ausstattung der Gesamtschulen und Gymnasien kann hier ggf. einer der Jahrgänge 8-13 in diesem Jahr noch nicht ausgestattet werden, dies soll bei der Bedarfsabfrage ebenfalls abgefragt werden. Die Schulen sollen auch Bedarfe für die Beschaffung in den Folgejahren angeben können, die bei der Planung unter 3. berücksichtigt werden. Von den Schulen nicht angeforderte Geräte aus den Kontingenten sollen an Schulen ausgegeben werden, die noch einen höheren Bedarf haben.

- c. Die Regeln zur privaten Nutzung werden von der Schule unter Beteiligung der Mitwirkungsgremien festgelegt, diese Regel wird auf die Geräte aus der Bundesförderung angewendet.
- d. Zum IT-Support für die Tablets und die Berufskollegs werden drei dauerhafte Stellen bei der citeq geschaffen, deren Kosten über das Budget Medienentwicklungsplan gedeckt werden sollen.
- e. Die Schulen bekommen für die Zusatzausstattung (Hülle, Ladegeräte/-schränke etc.) einen Sonderetat aus dem unten genannten Gesamtetat von der Stadt, der die sachgerechte Bestellung von Zubehör ermöglicht.
- f. Die Schulen sollen bei der Ausgabe und Einrichtung kurzfristig unterstützt werden, z.B. durch Studierende.
- g. Zu den Leihverträgen sollen Informationsblätter in leichter Sprache erstellt werden. Die Verwaltung informiert die Eltern außerdem zu Versicherungsrisiken und bietet ggf. niedrigschwellige Lösungen an.

- Die notwendigen Mittel von 6.000.000 € werden im Haushalt als sofort abzuschreibende Investitionsmaßnahme bereitgestellt.
2. Der Ausschuss fordert die Bundes- und Landesregierung auf, zusätzliche Finanzmittel für die Digitalisierung der Schulen bereitzustellen, um die Stadt als Schulträgerin in die Lage zu versetzen, optimale Rahmenbedingungen für das digitale Lernen zu schaffen. Der Oberbürgermeister und die Vertreter der Stadt Münster werden beauftragt, sich in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände für eine Ausweitung der Bundes- und Landesförderung einzusetzen.
  3. Die Verwaltung wird aufgefordert, in Abstimmung mit den Schulen, hier insbesondere den Schulformsprecher\*innen, einen Plan zur schnellstmöglichen Ausstattung aller Schüler\*innen an städtischen Schulen mit digitalen Endgeräten als Leihgeräte bis spätestens 2025 aufzustellen, für die Berufskollegs soll dazu kurzfristig eine Rücksprache und ggf. eine Abfrage analog zur Befragung unter 1b erfolgen. Dieser Plan soll insbesondere die finanziellen Bedarfe für Beschaffung, Wartung, Support und Wiederbeschaffung darlegen. Die Berücksichtigung von Landes- und Bundesförderungen soll sichergestellt werden.
  4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Umsetzungsstand des Digitalpakts (insb. Digitalpakt I) und der weiteren infrastrukturellen Maßnahmen (Breitband, WLAN) im Dialog mit den Schulen zu evaluieren und dem Ausschuss darüber Bericht zu erstatten.

#### **Begründung:**

Die Corona-Krise zeigt wie ein Brennglas den Handlungsbedarf bei der digitalen Ausstattung unserer Schulen. Schüler\*innen, Eltern und Lehrer\*innen sind bei der Umsetzung von Fern- und Wechselunterricht besonders gefordert. Die Bemühungen von Land und Bund aus dem letzten Jahr sind hier unzureichend. Als Stadt wollen wir daher mit diesem Sofortprogramm dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für alle Beteiligten zu verbessern.

Die Gespräche mit Vertreter\*innen der Schulformen haben gezeigt, dass eine vollständige Ausstattung der höheren Jahrgänge als sinnvoll betrachtet wird, während eine sofortige Vollausstattung aller Schüler\*innen weder pädagogisch noch finanziell darstellbar ist. Doch gleichzeitig ist es aus pädagogischer Sicht – und auch angesichts einer wechselnden Infektionslage und der oft kurzfristigen Entscheidungen der Landesregierung zur Schulöffnung – sinnvoll, die Ausstattung in den unteren Jahrgängen zu verbessern. Dieses Programm stellt eine Grundausstattung aller Jahrgänge sicher und wird unter Einbeziehung der Betroffenen bis spätestens 2025, mit dem Ziel einer Vollausstattung, fortgeführt.

Dieses Sofortprogramm kann jedoch ein Engagement von Landes- und Bundesregierung nicht ersetzen. Bund und Land sind gefordert schnellstmöglich zusätzliche Mittel bereitzustellen, um die notwendige Vollausstattung mit digitalen Endgeräten bis spätestens 2025 zu ermöglichen.

Um diese Perspektive und die Planbarkeit für die Schulen sicherzustellen, wird die Verwaltung beauftragt eine längst fällige Umsetzungsstrategie zu erarbeiten. Auf Grundlage dieser Strategie kann das Sofortprogramm mit dem Haushalt 2022 zu einem Plan zur Vollausstattung vervollständigt werden.

Christoph Kattentidt

Doris Feldmann

Annika Perk

Albert Wenzel

Matthias Glomb

Helene Goldbeck

Anja Kallfelz

Michael Kleyboldt

Tim Pasch

Jule Heinz-Fischer

und Fraktion

Leon Herbstmann

Ulrike Kötter